

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die
Berichterstattung über München.

Auf fast allen Gautagen, die am 23. Februar getagt haben, wurde auch die Münchener Tarifbewegung einer Besprechung unterzogen. Dabei wurde von einigen Gautagsdelegierten bedauert, daß die Presse nicht eingehend genug über die Münchener Differenz, die weite Wellen zu schlagen drohte, berichtet hätte. Vielen Verwaltungsmitgliedern sei es aus diesem Grunde nicht möglich gewesen, anfragenden Kollegen über diese Angelegenheit ergiebige Auskunft zu geben. Es wird demgegenüber nicht unangebracht sein, durch eine Zusammenstellung und kurze Skizzierung der in der Presse erfolgten Veröffentlichungen über die Münchener Tarifbewegung nachzuweisen, daß über alles, was berichtet werden durfte, ohne dem Gegner unsere Karten aufzudecken, auch sobald als möglich berichtet worden ist.

In No. 43 des vorigen Jahrganges wurde in der Beilage an erster Stelle berichtet, daß der Münchener Tarif durch die Schutzverbandsfirmen gekündigt worden sei. Die Kollegenschaft habe zwar die Tarifkündigung ebenfalls geplant, jedoch mit der Begründung, einen einheitlichen Tarif ohne Ausnahmebestimmungen für einzelne Geschäfte an seine Stelle zu setzen.

In No. 49 wurde durch einen Artikel an erster Stelle der Beilage mitgeteilt, daß das graphische Kartell den Abschluß eines gemeinsamen Tarifs für Lithographen, Steindruckere, Hilfspersonal und Buchbindere durchzuführen versuche. Die Schutzverbandsfirmen wollten jedoch nur mit den Lithographen und Steindruckern auf Grund der Vereinbarungen vom Jahre 1906 in Verhandlungen treten. Es wurde schon in diesem Artikel auf den Ernst der Lage hingewiesen.

No. 51 enthielt in der Rundschau an erster Stelle einen Bericht, wonach die zehn dem Schutzverband angeschlossenen Firmen nach wie vor Tarifverhandlungen abgelehnt hätten, wogegen mit den dem Schutzverband nicht angehörenden Anstalten ein Tarif in dem von unseren Kollegen gewünschten Rahmen abgeschlossen worden sei. Der Tarif wurde in knapper Zusammenfassung wiedergegeben. Von einer Veröffentlichung in seinem vollen Wortlaut mit allen Nebensächlichkeiten wurde Abstand genommen, weil eine Zusammenfassung, die sich auf das Wesentliche beschränkt, erfahrungsgemäß eher gelesen wird.

In No. 1 des neuen Jahrganges wurde durch eine kurze Rundschautexte berichtet, daß nach dem Abschluß eines Tarifs mit dem örtlichen Prinzipalsverein nunmehr Verhandlungen mit den Schutzverbandsfirmen schweben, zu denen die Zentralleitung des Schutzverbandes unsere Organisation eingeladen habe.

No. 2 brachte in der Beilage an erster Stelle einen ausführlichen Artikel, besonders über die Verhandlungen mit dem Schutzverband, die scheiterten, weil der Schutzverband nur mit unseren Kollegen, nicht mit dem gesamten graphischen Kartell, Vereinbarungen auf Grund der Abmachungen vom Jahre 1906 abschließen könne. Im Anschluß daran wurde die Stellungnahme der Münchener Kollegen zur Frage der Ausdehnung des Tarifs auf die Schutzverbandsfirmen durch einen Bericht über die Massenversammlung vom 28. Dezember 1907 behandelt. Am Schluß wurde betont, daß wir den Kampf nicht wollen; würde er aber von den Schutzverbandsfirmen gewünscht, dann würden sie uns gerüstet finden.

No. 3 brachte in der Rundschau eine Notiz an erster Stelle, daß trotz der Erklärung ihrer Organisationsleitung, in Anbetracht der Krise sei der gegenwärtige Zeitpunkt zur Durchführung des Tarifs nicht geeignet, die Einlegerinnen und Bogenfängerinnen zweier Anstalten gekündigt hätten, worauf unsere Kollegen durch die Geschäftsleitungen ebenfalls gekündigt worden seien.

In No. 4 wurde ebenfalls an erster Stelle in der Rundschau die Stellungnahme der »Zeitschrift« zur Tarifbewegung in München einer Kritik unterzogen, wobei der Standpunkt unserer Kollegen noch einmal hervorgehoben wurde. Mehr war der Redaktion über den Stand der Bewegung beim Abschluß dieser Nummer leider nicht bekannt, weshalb auch nichts weiter gebracht werden konnte.

In No. 5 konnte aus demselben Grunde ebenfalls nichts veröffentlicht werden. Die Notiz, die über die Aussperpläne der Unternehmer durch die Tagespresse ging, soll allerdings in süddeutschen Zeitungen schon vor dem Abschluß dieser Nummer erschienen sein. Im »Vorwärts« erschien sie jedoch erst Mittwoch, den 29. Januar. Sie kam der Redaktion erst zu Gesicht, als früh 9¼ Uhr die letzte Korrektur für No. 5 als Eilsendung abgeschickt worden war. Mit dem Druck des »Hauptblattes« wird in der Regel bereits Mittwoch Nachmittag begonnen und zwar, sobald die Beilage durchgedruckt ist. Eine Bezugnahme auf diese Brandnotiz war also völlig unmöglich.

No. 6 konnte sich erst mit der Notiz befassen, was in der Rundschau an erster Stelle geschah. Da Einigungsverhandlungen bereits in bestimmter Aussicht standen und Erfolg versprachen, konnte die Bezugnahme auf die Notiz kurz sein. Die Verhandlungen kamen dann auch zwei Tage vor der endgültigen Fertigstellung der No. 6 zum Abschluß. Die Aussperpläne der Unternehmer wurden dadurch unmöglich gemacht. Ueber dieses Resultat wurde noch in derselben Nummer unter Bekanntmachungen an erster Stelle berichtet.

No. 7 brachte dann in der Beilage an erster Stelle einen Artikel, der das Resultat der Vereinbarungen ausführlicher behandelte. Von einer wortgetreuen Veröffentlichung der Abmachungen wurde aus denselben Gründen Abstand genommen, wie von der vollen Veröffentlichung des Tarifs. Trotzdem wurden hier wie dort die wesentlichen Punkte bekanntgegeben.

Aus Vorstehendem ist ersichtlich, daß unter Wahrung des Grundsatzes, nichts zu bringen, was die Gegner nicht zu wissen brauchen, die Kollegenschaft über jede Einzelheit der Münchener Bewegung informiert worden ist, sobald es unserem Wochenblatt mit seinem durch besondere Verhältnisse bedingten frühen Redaktionsschluß möglich war. Mit Ausnahme von No. 5 erschienen bis zum Abschluß der Bewegung in jeder Nummer des laufenden und in einigen Nummern des vorigen Jahrganges entweder längere Artikel an erster Stelle der Beilage (und zwar 4!) oder Notizen an erster Stelle der Rundschau, durch die jeder aufmerksame Leser der Presse in die Lage versetzt wurde, sich fortlaufend über den Stand der Bewegung zu unterrichten.

Es trifft dann auch nicht zu, daß die »Solidarität«, das Organ des Buch- und Steindruckere-Hilfsarbeiterverbandes, eingehender berichtet hätte, wie auf einigen Gautagen behauptet worden ist. Sie brachte einen Artikel aus München über den Tarifabschluß mit den Nichtschutzverbandsfirmen, in welchem allerdings der Tarif in seinem vollen Wortlaut, aber dadurch auch mit allen Nebensächlichkeiten, enthalten war. Ueber den Konflikt mit dem Schutzverbande berichtete sie kein Wort, und zwar aus Gründen, die wir hier nicht behandeln brauchen, die wir aber wohl zu würdigen vermögen. Erst nach

der Einigung brachte sie einen Artikel, der länger und ausführlicher wie der Artikel der »Gr. Pr.« werden mußte, weil in ihm alles das, was unser Organ fortlaufend mitgeteilt hatte, nachträglich zusammengefaßt wurde. Dieser Artikel erschien zwar vor unserem Bericht über die erfolgte Einigung in No. 7 der »Gr. Pr.« (was der »Solidarität« möglich war, weil die betreffende Nummer erst ca. 2 Tage nach unserer No. 6 erschienen ist), aber er erschien erst nach unserer in dieser No. 6 veröffentlichten kurzen Bekanntmachung darüber, daß die Einigung erfolgt sei.

Brief aus Frankfurt a. M.

Hiermit erlaubt sich die unterzeichnete Agitations-Kommission, Frankfurt a. M.-Mainz, den deutschen Kollegen einige Worte der Aufklärung über den am 23. Febr. d. J. hier in Frankfurt nicht stattgefundenen Bezirkstag zu übermitteln. Es wäre uns absolut nicht eingefallen, zu dieser Angelegenheit das Wort in der Presse zu ergreifen, wenn wir nicht erfahren hätten, daß Hauptvorstandsmitglieder auf ihrer Reise in anderen Mitgliedschaften über diese Sache die Unwahrheit gesprochen hätten. Sie haben erzählt, die Agit.-Kommission in Frankfurt habe den Bezirkstag abgelehnt. Dies ist aber eine vollständig aus der Luft gegriffene Unwahrheit. Am 9. Febr. erhielt unser Vorsitzender vom Hauptvorstand einen Brief, unterzeichnet mit Otto Sillier. In diesem wurde verlangt, für den 23. Februar einen internen Bezirkstag einzuberufen. Der Grund dafür war eingeklammert und lautete: »Lehrlingsfrage etc.« An demselben Sonntage, an welchem dieser Brief eintraf, hat unser Vorsitzender, nach Rücksprache mit einigen Kommissionsmitgliedern, direkt allen Mitgliedschaften des Bezirks diese Angelegenheit mitgeteilt und um Besichtigung des Bezirkstages gebeten. Schneller konnten wir doch wahrlich dem Befehle des Hauptvorstandes nicht nachkommen, wenn wir auch dabei wegen der Kosten ein saures Gesicht gemacht haben, auch hatten wir schon ein Lokal besorgt. Am 15. Februar — Samstag Abend — war unsere gewöhnliche Sitzung. In dieser wurde nun eingehend gesprochen über den stattzufindenden Bezirkstag, über die großen Kosten all dieser Konferenzen in ganz Deutschland, über die gleichzeitigen großen Ausgaben für die Reisen sämtlicher Beamten in Berlin etc. bei unserer jetzigen Geldknappheit und schließlich auch über den Grund dieses ganzen großen Apparates der hier in Szene gesetzt werden sollte. Dieser Grund war bekanntlich mit »Lehrlingsfrage etc.« genannt werden. Darunter kann sich nun der Optimist sehr viel denken, der Pessimist leider sehr wenig. Da wir nun auf Grund früherer Vorkommnisse, welche auf Entschuldigungen des Hauptvorstandes beruhten, etwas pessimistisch angehaucht sind, fanden wir, daß die Lehrlingsfrage nicht im Verhältnis zu den Kosten der Bezirkstage und Reisen der Berliner stand. Eine derartige einzelne Frage konnte ganz gut durch ein Zirkular abgemacht werden. Wir können doch noch lesen, genau so gut, als wir hören können, wenn man uns einen Vortrag über den Gegenstand hält. Wir dachten aber auch, vielleicht steckt in dem »etc.« noch etwas und deshalb wurde in dieser Sitzung beschlossen, bei dem Hauptvorstand anzufragen, ob er uns vielleicht weiteres Material zusenden könne, damit auch wir uns für den Bezirkstag vorarbeiten können, außerdem, ob denn auch wirklich der Bezirkstag resp. die Anwesenheit eines Kollegen aus Berlin notwendig sei. Auf diese bescheidene Anfrage bekamen wir unter dem 18. Februar die Mitteilung vom Hauptvorstand, daß der Bezirkstag nun überhaupt nicht stattfinden; auch die Zahlstellen im Bezirk seien bereits davon verständigt. Aha! Wir hatten also den Stolz des Löwen beleidigt, — wenn der Hauptvorstand befiehlt, um Gotteswillen nicht fragen warum, keinen Einwand machen, sondern nur das Maul halten. Statt einer Aufklärung, einer weiteren Belehrung als Kommentar zu dem eigentümlichen, lakonischen Briefe des Hauptvorstandes vom 7. Februar, kamen wir den Stuhl vor die Türe gesetzt. Wir haben an das Sprichwort gedacht: Spiele nicht mit Schießgewehr, denn es könnt geladen sein. Wir mußten nun natürlich auch den verschiedenen Zahlstellen abschreiben, resp. ihnen mitteilen: der Bezirkstag findet nicht statt und unser bereits gemietetes Lokal abbestellen. Also hatten wir den Bezirkstag nicht abgelehnt, sondern der Hauptvorstand! Das Eigentümliche war nun, daß der Hauptvorstand an die einzelnen Mitgliedschaften schrieb und um Arrangierung von Mitgliederversammlungen bat, in welchen die »Lehrlingsfrage etc.« behandelt werden sollte. In jeder derartigen Versammlung sollte ein Kollege von Berlin erscheinen und sprechen. Erst sollten die Bezirkstage intern (2mal unterstrichen) behandelt werden, und nun öffentliche Mitgliederversammlungen, wie reimte

sich das zusammen? Da merkten wir, daß das »etc.« doch nichts zu bedeuten hatte. Daß sich nun die Mitgliedschaften Frankfurt, Offenbach und Isen- burg mit uns solidarisch erklärten und die Ver- sammlungen nicht stattfinden ließen, beweist eben, daß sie uns vollständig nicht geben. Am 22. Febr. abends hatten wir zur Klärung der ganzen Sachlage eine *Vertreterkonferenz* nach hier eingeladen. (Sie kostete uns nur 17 Mk.) In dieser Sitzung bekamen wir von allen Vertretern recht, und es wurde fest- gestellt, daß unser Verhalten korrekt und richtig gewesen sei; nur der Darmstädter Vertreter meinte, es wäre doch einmal gut, wenn einer von Berlin nach Darmstadt käme. Na, diesmal waren ja genug Berliner hier im Bezirk, Lange, Sillier und Barthel; beleidigt waren sie aber alle noch, denn Kollege Lange war in Offenbach, ohne den Vor- sitzenden aufzusuchen. Sillier ließ die Manauer warten in der Versammlung und fuhr vorbei und Kollege Barthel war hier in Frankfurt, aber er hat noch nicht einmal den Vorsitzenden der Agitations- Kommission oder der Mitgliedschaft aufgesucht.

Die Agitations-Kommission
des Bezirkes Frankfurt a. M.-Mainz.

Anmerkung. Zu obiger Zuschrift haben wir zu bemerken, daß wir dem Frankfurter Bezirksvorstand, genau so wie den übrigen Bezirksvorständen, durch Rundschreiben am 7. Februar mitteilten, daß der Hauptvorstand in *Gemeinschaft mit dem Ausschuß* beschlossen habe: am 23. Februar sollen in allen Bezirken zu gleicher Zeit Bezirkstage stattfinden. Wir bateten dann im Rundschreiben alle Bezirksvor- stände, diesem gemeinschaftlichen Beschluß nach- zukommen, was auch, mit Ausnahme des Frankfurter Bezirkes, allgemein geschahen ist.

Auf unser Rundschreiben vom 7. Februar teilte uns der Frankfurter Bezirksvorstand am 17. Februar folgenden Beschluß mit: »Der am 23. Februar ein- zuberufende Bezirkstag wird vom Bezirksvorstand nicht abgelehnt, sondern vorläufig so lange verschoben, bis uns der Hauptvorstand nähere Aufklärung, Gründe und Material für den Bezirkstag gibt; außerdem uns auch nachweist, daß ein Mitglied des Hauptvor- standes unbedingt notwendig ist.« Das war unseres Erachtens eine Ablehnung in aller Form, obgleich die Absage dadurch abzuschwächen versucht wurde, daß man dem Beschluß noch anfügte: »Wenn es Ihnen gelingt, uns obige Beweise zu erbringen, dann kann der Bezirkstag am 23. Februar noch stattfinden.« Ferner heißt es: »Was die Kosten anbelangt, so müssen wir entschieden jeden Beitrag aus der Be- zirkskasse ablehnen, denn unser statutenmäßiger Be- zirkstag findet nächsten Herbst statt.« Das war die »bescheidene Anfrage« von der im vorstehenden Artikel geredet wird!

Hierauf schrieben wir am 18. Februar, weil die vorliegende Sache in einigen Tagen erledigt werden sollte und die Zeit zur gemeinschaftlichen Tagung aller Bezirkstage für den Frankfurter Bezirk zu kurz war, daß wir nun von einem Bezirkstag in Frank- furt absehen und dafür in allen Städten gleich Ver- sammlungen empfehlen. Der Bezirksvorstand forderte aber alle Städte auf, auch diese Versammlungen nicht abzuhalten. Ja er berief sogar plötzlich einen *Bezirkstag* zum 22. Februar ein (ob nun das vor- handene Material die Ausgaben rechtfertigte, wissen wir nicht). Aber Sillier (welcher wegen Regelung von Grenzstreitigkeiten der Tapetendrucker mit dem Fabrikarbeiterverband in Hannover verhandelte) er- fuhr von dieser Einberufung und telegraphierte sofort nach Frankfurt, daß alle Delegierten dort bleiben möchten, er käme zur Berichterstattung. Als An- wort kam: »Alle Delegierte reisen ab.« Ob dies im Einverständnis mit den Delegierten geschahen ist, wissen wir zwar nicht, aber sicher spricht es für die oben im Brief angeführte geübte »bescheidene Anfrage« nicht.

Wie sich angesichts dieser Vorgänge die Bezirks- kommission überhaupt verletzt und zurückgesetzt fühlen konnte, ist uns ein Rätsel, besonders, da die Konferenzen auch in Gemeinschaft mit dem Aus- schuß beschlossen waren.

Ja, wenn diese Bezirkskommission außerdem noch glaubt, die Manauer Kollegen gegen Sillier scharf machen zu müssen, so sei noch zum Ueberfluß mitgeteilt, daß Sillier im Frankfurter Bezirk über- haupt nicht war, sondern von Hannover gleich nach Berlin zurückreiste, während die Kollegen Barthel und Lange auf ihrer Hin- oder Rückreise vom Offen- burger und Stuttgarter Bezirkstag in einigen Städten des Frankfurter Bezirkes referierten, wo in anerkennt- werter Weise, trotz der Frankfurter Bezirkskom- mission, dennoch Versammlungen stattfanden. In *Frankfurt, Offenbach und Mannheim* wurden auch dort die Kollegen Barthel und Lange keinerlei Verpflichtung.

Nach Lage der Sache sind wir noch jetzt der Meinung, daß ein Bezirkstag im Bezirk stattfinden müßte und werden von uns die in Betracht kommen- den Städte hiervon Mitteilung erhalten, sodaß wir an dieser Stelle keine weiteren Betrachtungen an- zuknüpfen brauchen.

Der Hauptvorstand.

Brief aus Innsbruck.

In der Voraussetzung, daß unsere Kollegen jen- seits der mächtigen Gebirgsmauern Tirols wohl nur sehr wenig über die hiesigen Verhältnisse in unserem Beruf unterrichtet sein werden, fühlen wir uns ver-

anlaßt, diese etwas zu beleuchten. Verschiedene Ereignisse der jüngsten Vergangenheit machen uns, dieses Vorgehen zur Pflicht, um einestells eigene Interessen zu vertreten, andernteils fremde Kollegen vor Schaden zu bewahren.

Sehr häufig kommt es noch immer vor, daß zu- reisende Kollegen nicht wissen, wie ein ordnungs- gemäßes Anfragen vor Annahme einer Stellung zu geschehen hat. Oft wird dies von den Kollegen in der Art gehandhabt, daß sie erst anfragen, nach- dem sie bereits von der betreffenden Firma engagiert sind. Mancher Kollege denkt auch gar schon, damit dieser Bestimmung und Pflicht zu genügen, wenn er uns kurz vor seiner Ankunft den Tag seines Hierseins meldet. Kommt dann solch ein Kollege an und es wird ihm statutengemäß die Reiseunter- stützung verweigert — und wir sind hierzu ge- zwungen, da diese Fälle sich häufen, — so gibt es ein großes Lamento und der betroffene Kollege wundert sich und ist gar noch entrüstet, daß ihm sein »kleiner Fehler« so »übel genommen« wird. Ganz besondere Anziehungskraft scheint die Firma C. Lampe auf Photochromolithographen auszuüben. Wir können gerade diesen Kollegen dringend emp- fehlen, sich ganz genaue Auskunft einzuholen. Schon mancher Kollege von diesem Gebiet konnte sich nicht mit der hier herrschenden Arbeitsweise — direktes Verfahren bei 36—55 Karten auf einem Stein — befreunden und sagte nach kurzer Gastrolle dem schönen Tirol ade, um damit dann sich selbst geschadet zu haben und auch unserer Kasse. Be- sondere Kritik verdient die Handlungsweise solcher Kollegen, welche unter Umgehung der statutarischen Bestimmungen direkt bei der Firma anfragen. Es sollte doch jeder Kollege wissen, daß er damit nicht nur unkollegial handelt an seinen Kollegen, welche er dadurch aus ihrer Stellung drängen kann, sondern daß er damit auch sich die Möglichkeit nimmt, über fremdörtliche Lebens- und Berufsverhältnisse nötiges Wissen sich zu verschaffen. Innsbruck hat ein recht teures Pflaster und bietet dem an deutsche Ver- hältnisse gewöhnten Kollegen nicht viel dafür, und mancher hat schon seine Reise nach hier als einen »Reinfall« verurteilt.

Die Sperrenotiz über die »Graphische Kunstanstalt Innsbruck, Max Schammer« dürfte wohl bereits die Erkenntnis erzeugt haben, daß hier »etwas los« sein muß, und diesen Fall etwas ins Licht zu stellen, ist der Zweck folgender Zeilen. Die ganze Affäre entstand durch den Eintritt eines unorganisierten Druckers, dessen Wiederaufnahme in den Verband infolge seiner höchst unkollegialen Betätigung nicht erfolgen konnte. Wir wurden dieserhalb bei der Firma vorstellig, worauf deren Chef auf Bestimmteste erklärte, daß die Anstellung des Druckers nur eine provisorische sei und höchstens 5 Wochen dauern werde. Wir bewilligten auf diese Erklärung hin 6 Wochen. Gegen Ablauf dieser Frist, als die Firma keine Miene machte, den Drucker zu entlassen, wurden wir nochmals vorstellig. Bei dieser Ver- handlung ließ die Firma durchblicken, daß sie wenig Lust habe, ihr gegebenes Versprechen ein- zuhalten, und erst nachdem energisch von unserer Seite auf die hieraus entstehenden Konsequenzen hingewiesen wurde, gab der Chef die schriftliche Erklärung, den Drucker in 14 Tagen, also nach 8wöchentlicher Beschäftigung, zu entlassen. Tags darauf erhielten aber auch 2 Kollegen in der Firma ihre Kündigung. In diesen Kündigungen konnten wir nichts anderes als Maßregelungen erblicken und wurden wir in diesem Sinne vorstellig mit der Forderung an die Firma, diese Kündigungen zurück- zunehmen. Hiermit fanden wir jedoch kein Gehör und die Firma glaubte, uns damit imponieren zu können, daß sie jeden Hinweis auf die daraus ent- stehenden Konsequenzen ablehnte. — »Und wenn die ganze Bude flöten geht, ich gebe nicht nach!« — Das sagte uns Herr Schammer. Unsere Gegen- maßnahmen bestanden dann darin, daß das übrige Personal seine Kündigungen einreichte und daß die Firma unter »Sperre« veröffentlicht wurde. Soweit die Tatsachen dieses Falles, der noch an Nebener- scheinungen manches »Schöne« und Lehrreiche brachte. — Es wird wohl nicht immer bei einem derartigen Fall die Tatsache einer Maßregelung so klar zutage liegen wie hier, jedoch hält Herr Sch. uns wirklich für so naiv, daß er glaubt, uns die Ueberzeugung »ehrenwürdig« einimpfen zu können, daß dies keine Maßregelung sei. Da wir ihm den Gefallen leider nicht tun können, seine Ueberzeugung zu der unsrigen zu machen, wirft er uns allerlei un- lauterer Motive vor, mit denen unsere Annahme einer Maßregelung motiviert sein soll.

Der Drucker, Herr Maleg, wurde ja tatsächlich auch von der Firma entlassen und reiste ab — noch einige Tage vor Ablauf der letzten Frist, uns den festen Glauben an ein baldiges Wiedersehen zurücklassend. Und wirklich, nach kaum einer Woche war der Herr wieder in Innsbrucks Mauern, uns so den klaren Beweis liefernd, daß wir uns nie in ihm getäuscht haben. Heute ist er nun wieder so vielseitig als möglich in der gesperrten Firma tätig und hilft nach besten Kräften dazu beitragen, daß es wahr werde — »und wenn die ganze Bude flöten geht«.

Anläßlich dieses Falles können wir auch wieder einmal studieren, wie Leute, die als Arbeiter ganz gute Kollegen und scheinbar fest überzeugt von der Notwendigkeit unserer gewerkschaftlichen Be- tätigung waren, sich plötzlich in ihrer Denksart ändern, sobald sie Prinzipale werden. Diesen Be-

weis lieferte uns der neue Mitcheff der Firma, unser früherer Kollege Trautenhahn.

Die Firma sucht nun eifrigst Spörrbrecher. Daß sich diese Hoffnungen der Firma nicht erfüllen werden, glauben wir sicher annehmen zu dürfen. Ein jeder Kollege, ob organisiert oder nicht, wird sich wohl sehr besinnen, ehe er Stellung annimmt bei einem Chef, welcher Leute, die ihm mit ganzer Kraft lange Jahre zur vollsten Zufriedenheit gedient haben, plötzlich aus guter Laune aufs Pflaster wirft. Sollte doch sich einer finden, — so wird er ja bald von allein gehen, wenn er nähere Bekanntschaft gemacht hat, mit den verschiedenen »Annehmlich- keiten« im Geschäft selbst.

Mit kollegialen Grüßen
Die Innsbrucker Kollegenschaft.

Brief aus Selb in Bayern.

Hart an der böhmischen Grenze befindet sich die Zentrale der bayerischen Porzellanindustrie, das Städtchen Selb.

Da nun auch dort die Kunst Senefelders schon seit geraumer Zeit ihr Domizil aufgeschlagen hat und gerade in den jetzigen Zeiten wirtschaftlichen Niederganges mancher Kollege von größeren Druck- stätten infolge der dort herrschenden Arbeitslosig- keit nach Selb verschlagen werden kann, dürfte es zweckmäßig sein, die am Ort bestehenden Verhält- nisse einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Umsomehr, als Selb als Druckort noch den weitesten Kollegenkreisen unbekannt ist und schon so mancher ausrief: ja, wenn ich das vorher gewußt hätte!

Da wird vor allem die Illusion vom Billigerleben in der Kleinstadt sehr gründlich zerstört. Infolge der sich immer mehr entwickelnden Industrie erseits und der äußerst geringen Bautätigkeit anderer- seits besteht hier eine ständige Wohnungsnot, was in den so überaus teuren Mietpreisen recht fühlbar zum Ausdruck kommt! Auch die Kosten für die Lebenshaltung sind nichts weniger als gering und es ist keine Uebertreibung, zu behaupten, daß das Leben in der Großstadt zum mindesten nicht teurer ist. Als Dreingabe hat man dann ein rauhes, un- wirtschaftliches Klima und eine höchst ungesunde Luft. Man stelle sich vor: in einem Umkreis von wenigen Stunden eine Unzahl von Porzellanfabriken, in jeder einige Brennöfen im Betrieb, aus deren Kaminen sich ununterbrochen Tag und Nacht eine riesige Menge von Rauch und Ruß verbreitet und natur- gemäß die Gesundheit der Bevölkerung auf das schwerste gefährdet. Man muß sie gesehen haben, diese »Porzelliner«, wie sich die Farbe ihrer weißen Arbeitskleidung von der ihres Gesichts durch nichts unterscheidet. Man muß ihre Klagen gehört haben, die sie immer und immer wieder vorbringen und doch nicht die Kraft und den Mut haben, für die Verbesserung ihrer traurigen Lage tatkräftig zu wirken. Dann begreift man auch, daß hierorts sich der Kapitalismus eine Hochburg hat schaffen können, daß er Blüten treibt, die einer aufgeklärten Arbeiter- schaft gegenüber einfach unmöglich wären.

Zu unserem Berute zurückkehrend muß auch da konstatiert werden, daß die Lage der Kollegen nicht rosig genannt werden kann. Wenn auch die Löhne nicht gerade als niedrig bezeichnet werden können (Mindestlohn 24 Mk.), so werden sie durch die schon angeführten miblichen Verhältnisse hinreichend wieder ausgeglichen. Die Lohnzahlung ist 14tägig, Feiertage werden bezahlt. Was aber als sehr drückend empfunden wird, ist die 10stündige Arbeitszeit für Lithographen und Steindruckere. Einmütig werden alle Kollegen in dieser Frage mit uns übereinstimmen, daß dies ein unhaltbarer Zustand ist, dessen Be- seitigung im Interesse aller liegt. Um aber die Schwierigkeiten, die uns in dieser Frage noch be- stehen, in absehbarer Zeit überwinden zu können, ist es notwendig, daß uns die Kollegen im Lande schon jetzt ihre Hilfe zuteil werden lassen, indem sie kein Engagement nach Selb abschließen, ohne die Forderung der 8- und 9stündigen Arbeitszeit. Das gleiche gilt auch für die Orte Rehau und Arz- berg, woselbst die Verhältnisse ähnlich liegen.

Aber auch für die Kollegen dieser drei Orte heißt es nun, jedwede Interessenlosigkeit endgültig auf die Seite zu schieben, treu und fest zur Fahne des Verbandes zu halten und nicht eher zu ruhen, bis auch einmal hier das erreicht ist, was schon längst erreicht sein sollte. Unsere Lösung sei: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! — r.

Ortsberichte.

Frankfurt a. M. Am 5. März fand die General- Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist erwähnens- wert, daß neben kleineren Errungenschaften das Hauptaugenmerk der Verwaltung auf die Kleinarbeit gerichtet war. Es fanden im Laufe des Jahres eine große Zahl von Geschäftsversammlungen statt, um die Kollegen im engsten Kreise über die Vor- kommennisse, die zur Liquidation des Bundes führten, aufzuklären. Auf diese Weise ist es gelungen, den Mitgliederstand nahezu auf der gleichen Höhe zu halten, trotzdem hier die Hochburg unserer Gegner und das Arbeiten infolge der eigenartigen Frank- furter Verhältnisse sehr erschwert ist. Um die Versammlungen interessanter zu machen und den Kollegen bezüglich ihrer Fortbildung etwas zu bieten, fanden des öfteren Vorträge und Exkursionen statt. Es hätte evtl. mehr geleistet werden können, aber

am nützlichsten ist, dann war der langjährige Kampf der Gewerkschaft ein vergeblicher.

Für die organisierten Kollegen besteht jedoch die unabwiesbare Pflicht, alle gewerkschaftlichen Errungenschaften hochzuhalten, darum haben sie aus diesem Grunde schon alle Ansinnen der Unternehmer und Aftenunternehmer auf Aussetzen unbedingt zurückzuweisen. Werden Entlassungen aus dem Arbeitsverhältnis angeordnet, so haben sie auf die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungszeit zu bestehen. Vor allem aber haben die Kollegen zu beachten, daß sie, wenn derartige hier angedeutete Anordnungen in Geschäften angekündigt werden, sich schon in ihrem eigenen Interesse sofort mit ihrer örtlichen Verbandsleitung in Verbindung setzen müssen, damit diese die nötigen Verhaltungsmaßnahmen vorschreiben kann.

Nur wenn die Kollegen diese Vorschriften beachten und sich in deren Richtung betätigen, kann die Gepflogenheit der Unternehmer, alle Lasten der Krise auf uns Arbeiter abzuwälzen, mit Erfolg begegnet werden, zu unserem Wohle und zum Wohle des ganzen Verbandes!

Aus den Sektionen.

Leipzig. In der letzten Sektionsversammlung am 10. März hielt Kollege O. Schulze einen interessanten Vortrag über Darwinismus, der beifällige Aufnahme fand. Im weiteren kam „Unsere jetzige Berufsfrage in Leipzig“ zur Besprechung. Der geschäftliche Niedergang in unserem Berufe halte nun schon ein volles Jahr an, und immer fehle noch jede Aussicht auf eine Besserung. Die Geschäftslage sei gegenwärtig so gedrückt, wie seit langem nicht mehr! Am meisten habe die Produktion in der Postkartenbranche nachgelassen. In verschiedenen Anstalten sei die Zahl der beschäftigten Lithographen beträchtlich reduziert worden. Mehrere Firmen seien sogar zur vollen Auflösung ihrer Lithographie geschritten. Den Vorteil davon habe die Privatlithographie, denn diese erhalte nun die einlaufenden Arbeiten. Die geschäftliche Depression werde von den Unternehmern auch weidlich zur Drückung der Löhne ausgenutzt, wobei ihnen das in der Postkartenbranche herrschende Akkordsystem sehr zu statten käme. Der stärkste Druck werde aber vermittle der Privatlithographie ausgeübt. An die in Zeitlohn stehenden Kollegen werde das Verlangen gestellt, in der Woche eine bestimmte Menge Karten zu liefern; wer diesem Verlangen nicht nachkomme, erhalte ohne weiteres seine Kündigung. Auf diese Weise würden die Kollegen gezwungen, ihre Arbeitskraft immer stärker und stärker anzuspinnen, wobei die Qualität der Arbeit aber mehr und mehr zurückgehe. In der Chrombranche sei eine Nachfrage nach guten Arbeitskräften vorhanden. In der Merkantillithographie zeige sich sogar ein Mangel an tüchtigen Landschafts-Graveuren. Der Bedarf hierfür könne vom Arbeitsnachweis oft nicht gedeckt werden. An mittelmäßigen Kräften fehle es hingegen in der Merkantillithographie nicht, solche seien im Ueberfluß vorhanden, und viele von diesen könnten kein Unterkommen finden. Die mangelhafte Lehrlingsausbildung räche sich an diesen Kollegen bitter. Am besten seien gegenwärtig noch die Verhältnisse in der Keramik, was man wohl auf die technische Eigenartigkeit dieser Branche zurückführen müsse. Im Anschluß an diese Vorführungen sprach man dann unter anderem auch seine Verwunderung darüber aus, daß viele Lithographen sich bei der jetzigen geschäftlichen Lage noch so gleichmütig der Gewerkschaft gegenüber verhalten. Diese gewerkschaftliche Interesslosigkeit müsse umso mehr bedauert werden, da der Unternehmerschutzverband jetzt alles mögliche ausklügeln, um unsere Organisation zu schädigen. Der Schutzverband gehe förmlich auf eine Provokierung der organisierten Kollegenschaft aus. Und es könne bald die Zeit kommen, wo diese Provokationen so maßlos würden, daß wir uns diese nicht mehr gefallen lassen dürften. Die Kollegenschaft habe darum alle Ursache, ein regeres gewerkschaftliches Interesse zu entwickeln. Die Teilnahme an den Versammlungen müsse für die Folge eine weit stärkere werden. Der Uebermut der Unternehmer zwingt uns, wachsam auf dem Posten zu sein. Auf schwere Kämpfe habe sich die Kollegenschaft gefaßt zu machen! Der „freisinnige“ Oberscharfmacher Dr. Gerschel, der an der Spitze der Unternehmerorganisation unseres Berufes steht, werde schon dafür Sorge tragen, daß bald wieder Krieg werde. Vom Vertrauensmann wurde auch stark moniert, daß die Kollegen nicht immer rechtzeitig, wie es zu wünschen sei, an die Sektionsleitung herantreten, wenn in einem Geschäft irgend etwas gegen uns in der Luft liege. — Unter gewerkschaftliches wurde zunächst bekanntgegeben, daß demnächst in Leipzig eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lithographen aufgenommen werde, bei welcher Maßnahme die Sektionsleitung die weitestgehende Unterstützung von seiten der Kollegen erhoffe. Sodann wurde auf die Vorschriften des Arbeitsnachweises aufmerksam gemacht. Jeder Kollege sei verpflichtet, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden, wenn er Stellung suche oder wenn er irgend vom Freiwerden einer Stellung Kenntnis erhalte. Auch beim örtlichen Stellungswechsel sei über die in Frage kommenden Firmen vorher Erkundigung einzuziehen. Umschalten sei streng verboten. Verstöße gegen diese

Bestimmungen des Arbeitsnachweises sollen in Zukunft statutgemäß gehandelt werden! Zum Schlusse wurde noch das Restantenwesen besprochen. Gegen die säumigen Zahler sollen schärfere Mittel als bisher in Anwendung gebracht werden.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Aus den Sektionen.

München. In der Generalversammlung unserer Filiale vom 28. Februar wurde zunächst der Gründung einer Lehrlings-Abteilung in unserem Verbands einmütig zugestimmt. Hierauf erging sich Kollege Schuhmann in einer sehr scharfen Kritik über die letzte Lohnbewegung, die leider nicht zu unseren Gunsten ausfiel. Es wurde beschlossen, den Ausschluß der bisherigen Kollegen Sponseil, Friedrich, Haas und Lipp, die sich während der Lohnbewegungen unruhlich ausgezeichnet haben, beim Hauptvorstand zu beantragen. Aus den Neuwahlen gingen sodann folgende Kollegen hervor: Reinhard Schumann 1. Vorsitzender, E. Mengel, I. Kassierer. Als 1. Schriftführer wurde Kollege Hans Kaufmann, als Arbeitsnachweisverwalter Kollege J. Baumann einstimmig wiedergewählt. Schluß der Versammlung 2 Uhr früh.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Achtung! Lichtdrucker!

Die Firma Högelein & Schwabe, Berlin hat in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht, neu-eintretende Kollegen zur Unterschrift eines Reverses zu veranlassen, durch welchen die tariflich festgelegte Kündigungsfrist von 14 Tagen aufgehoben wird. Kollegen haben bei erfolgtem Engagement ein derartiges Verlangen abzuweisen und unverzüglich der unterzeichneten Verwaltung Mitteilung zu machen. Zuwiderhandelnde haben eventl. Ausschluß (siehe § 9b, c, und e des Statuts) zu gewärtigen. Die Verwaltung der Filiale IV. Berlin.

Nur unorganisierte Arbeiter.

Herr Jos. Drottleff, Inhaber einer Kunstanstalt in Hermannstadt in Ungarn, sucht in den deutschen Fachblättern Lichtdrucker per Offerte. Hat man ein Angebot eingereicht, dann kommt zuerst ein Brief, in dem neben Zeugnisabschriften ein Lohn von 56 Kr. als viel zu hoch bezeichnet wird und der Herr Drottleff sich bereit erklärt, für „sehr tüchtige Leute“ 36, „höchstens“ 38 Kr. pro Woche zu zahlen; also 30 bis 31 Mk. für einen Lichtdrucker unter den bekanntlich sehr teuren siebenbürgischen Lebensverhältnissen. Kurz hinterher kommt aber auch noch das Picardebein getrappt. Es erscheint nämlich noch eine Karte folgenden Inhalts:

Herrn N. N. in Z. In meinem jüngsten Schreiben vergaß ich zu bemerken, daß in meiner Anstalt nur unorganisierte Arbeiter stehen. Geben Sie mir in Ihrem Briefe auch an, wie sie sich zu der Sache stellen. (Im Original fett unterstrichen.)

Der Unternehmer, der sich so dreist um die private Haltung der Gehilfen kümmert, verdient eigentlich gehörig veralbert zu werden. Aber schließlich wird der Gehilfe bei Herrn Drottleff neben niedrigem Lohn auch noch über seine Stellung zur Organisation bespitzelt, und deshalb ist jedem stillesuchenden Lichtdrucker zu empfehlen, keinen Briefverkehr mit diesem modern denkenden Unternehmer anzubahnen; daraus entsteht dann der eine Nutzen, daß man sich das Geld für Porto erspart hat.

Aus den Sektionen.

Berlin (Lichtdrucker). In unserer Märzversammlung teilte der Vorsitzende mit, daß in 6 Firmen anläßlich der Wahlrechtsdemonstration am 18. März gefeiert wurde. Der Vortrag des Genossen Wermuth „Die Bedeutung des 1. Mai“ war fesselnd und fand anerkennenden Beifall. In der Diskussion wurde beschlossen, auch dieses Jahr für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai energisch einzutreten. Ferner wurde einem Antrage zugestimmt, in der nächsten Versammlung zu beschließen, die Kollegen zu veröffentlichen, welche den Extra-Arbeitslosen-Unterstützungsbeitrag nicht geleistet haben; ebenso, daß die fehlende Beitragsleistung von weiteren Unterstützungen abgezogen werden soll.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker. Offizielle Publikationsrubrik des „Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.“ (Vors. u. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstr. 26. Kass. F. Brinkmann, Rixdorf, Jonasstr. 3.)

Bekanntmachung.

Die stattgefundene Urabstimmung über den Anschluß unseres Verbandes an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe hat folgendes Resultat gezeitigt:

Von 430 Kollegen unseres Verbandes haben sich 407 Kollegen an der Abstimmung beteiligt. Auffallend groß ist die Stimmenthaltung in der Filiale Köln. Von den 69 dort organisierten Kollegen haben nur 46 abgestimmt. Diese Gleichgültigkeit ist auf alle Fälle entschieden zu verurteilen. Von den 407 Kollegen haben sich 267 Kollegen für und 132 gegen die Auflösung ausgesprochen; 8 Kollegen haben den Stimmzettel unbeschrieben zurückgegeben. Von den 132 Kollegen, die gegen den Zusammenschluß ihre Stimme abgegeben haben, haben 42 Kollegen auf die Frage, ob sie, wenn der Anschluß eventl. perfekt werden würde, auch noch fernerhin Mitglied bleiben würden, mit „Nein“ geantwortet. Das heißt also, daß wir bei einem eventl. Anschluß 42 Kollegen verlieren würden. Die Stellung der Betroffenen ist sehr zu bedauern, und es ist im Interesse der Kollegen selbst nur zu wünschen, daß sie sich diesen Schritt noch zweimal überlegen, ehe sie ihn machen. Angesichts des Resultats der Urabstimmung steht der Zentral-Vorstand nach wie vor auf dem Standpunkt, der General-Versammlung den Zusammenschluß unseres Verbandes mit dem Senefelder-Bund zu empfehlen. Unsere General-Versammlung hat nun das letzte Wort in dieser Angelegenheit zu sprechen; möge die Entscheidung so ausfallen, wie es dem Interesse der Gesamtheit entspricht.

Das Resultat der Urabstimmung in den einzelnen Filialen ist folgendes:

Filiale:	Mitglieder-Zahl:	für den Anschluß:	gegen den Anschluß:	Stimmeneuthaltung:	keine eventl. Anschluß-treten aus:
Berlin	71	63	4	4	—
Beuel	12	6	5	1	—
Bietigheim	13	10	2	1	—
Braunschweig	17	17	—	—	—
Bramsche	13	5	8	—	1
Dessau	8	8	—	—	—
Elberfeld	5	4	1	—	—
Einbeck	14	1	13	—	—
Eilenburg	7	7	—	—	—
Greiz	5	4	1	—	—
Griesheim	11	9	2	—	—
Gummersbach	5	1	4	—	—
Hannover	9	5	4	—	—
Harburg	7	7	—	—	—
Itzehoe	6	4	2	—	—
Kesselstadt	13	11	2	—	—
Köln	69	16	30	23	11
Krefeld	17	3	14	—	5
Leipzig	21	21	—	—	—
Lüneburg	10	10	—	—	—
Lüstringen	8	8	—	—	—
Mannheim	11	—	11	—	11
Hildesheim	9	9	—	—	—
Nordhausen	17	2	15	—	7
Ottensen	22	15	6	1	1
Radebeul	21	20	—	1	—
Würzen	6	—	6	—	5
Einzelmitglieder	3	1	2	—	—
Summa:	430	267	132	31	42

In Uebereinstimmung mit dem Ausschuß berufen wir zum 8. und 9. Juni (2. und 3. Pfingstfeiertag) die 5. ordentliche General-Versammlung nach Berlin ein.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der General-Versammlung.
2. Bericht des Vorstandes: a des Vorsitzenden, b des Kassierers.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht des Arbeitsnachweisführers.
5. Die Bedeutung der Trusts, Syndikate u. Kartelle für die Arbeiterbewegung.
6. Antrag des Zentral-Vorstandes auf Auflösung unseres Verbandes und Angliederung an den Senefelder-Bund
7. Die Bedeutung unserer Presse.
8. Statutenberatung.
9. Wahl des Vorsitzenden und Sitz des Ausschusses.
10. Sonstiges Anträge und Verbandsangelegenheiten.

Wir ersuchen nun die Kollegen allerorts, möglichst bald zur General-Versammlung Stellung zu nehmen. Anträge auf Aenderung des Statuts und sonstige Anträge müssen spätestens am 25. April in unseren Händen sein; später an uns gelangende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Der Zentral-Vorstand
des Verbandes der Formstecher. I. A.: C. Schubart-